

Autorin/Autor: Kilian Pfeffer
Gesprächspartnerin/-partner: Matthias Quent
Redaktion: Evi Seibert SWR Studio Berlin
Sendung: Samstag, 26.10.2019, 18.30 – 18.40 Uhr, SWR

SWR Interview der Woche vom 26.10.2019

SWR: Herr Quent, Sie sind in Thüringen geboren, und Sie arbeiten auch dort. Was geht Ihnen eigentlich durch den Kopf, wenn Sie an die anstehende Landtagswahl in Thüringen denken?

M.Q.: Na, zunächst gehen mir die Prognosen durch den Kopf, die hier besorgniserregend sind. Die AfD unter Björn Höcke, die ja in Ostdeutschland in Thüringen noch mal besonders weit rechtsaußen steht, kommt in den Prognosen auf etwa um die 25 Prozent, und es droht letztlich eine Unregierbarkeit. Gleichzeitig ist es nicht so, dass jetzt Thüringen oder auch ich persönlich in einem Ausnahmezustand sind, das ist sicher nicht der Fall. Denn in der Tat ist es ja so, dass diese Strömung, diese Einstellung und diese Entwicklungen nicht vom Himmel gefallen sind, sondern dass die seit vielen Jahren, Jahrzehnten in der Gesellschaft schon spürbar waren.

SWR: Wurde denn in den letzten fünf Regierungsjahren unter Bodo Ramelow, dem Ministerpräsidenten, wurde genug getan beim Kampf gegen Rechts?

M.Q.: Es wurde sehr viel getan in der Förderung von Projekten, auch in der Förderung unserer wissenschaftlichen Arbeit, in der Auseinandersetzung mit Rassismus und Rechtsradikalismus. Auch in der Auseinandersetzung der Polizei beispielsweise mit dem Rechtsrock, mit diesen Neonazi Konzerten, die ja Schlagzeilen gemacht haben, bis zu 6000 Neonazis bei Konzerten. Da ist das Innenministerium heute deutlich sensibler und deutlich weiter. Gleichzeitig ist es nicht so, dass es jetzt über Nacht einen totalen Neustart gab. Also, die Mitte-Links-Regierung hat natürlich keine Revolution vom Zaun gebrochen. Vieles ist weiterhin ausbaufähig. Aber ich denke, wir haben es mit Prozessen zu tun, die langfristig sind, auch mit Ursachen, die langfristig zu veranschlagen sind. Und deswegen braucht man auch in der Auseinandersetzung langen Atem.

SWR: Die AfD, Sie haben es gerade schon angesprochen, liegt bei 20 bis 25 Prozent. Sie wird also in Thüringen voraussichtlich ähnlich stark sein, wie in Brandenburg oder in Sachsen. Was ist Ihre kurze Erklärung für die Popularität der AfD?

M.Q.: Wir haben uns mit verschiedenen Studien mit dieser Frage auseinandergesetzt, und ein ganz beliebtes Erklärungsmuster zu sagen, das sind Protestwähler, Protestwählerinnen, das können wir ganz eindeutig sagen, das treibt zu kurz. 71 Prozent der AfD-Wählenden in Thüringen sagen, sie wählen die AfD, weil sie sie genau richtig finden. Also nicht zu rechts. „Nur“ 29 Prozent der befragten AfD Wähler und Wählerinnen halten die AfD für rechts. Es ist also tatsächlich auch eine ideologische Übereinstimmung. Und dann muss man ein bisschen in der Geschichte zurückgehen. Ich habe nicht den Eindruck, dass wir in Deutschland jemals eine Stunde Null hatten, dass es einen Bruch gab mit

antisemitischem, rassistischem, nationalistischem Denken. Viele Studien für Ost- wie Westdeutschland zeigen uns, dass diese Mentalitäten tief verankert sind. Und ein großer Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland ist selbstverständlich, dass die liberale Demokratie im Osten der Republik erst 30 Jahre Zeit hatte, sich durchzusetzen, wo sie im Westen 70 Jahre Zeit hatte. Wir hatten in Ostdeutschland keinen Kulturkampf wie die 1968er, die für eine tiefgreifende, langfristige Liberalisierung der Gesellschaft gesorgt haben. Das passiert in Ostdeutschland gerade alles so nebenbei. Neben Fragen der Existenzsicherung, die in den 1990er Jahren im Vordergrund standen. Und jetzt, im Grunde, sind erst diese großen kulturellen Konfliktlinien aufgebrochen, die sich letztlich mit der Frage auseinandersetzen, wie wichtig sind Menschenrechte? Was ist die Perspektive und auch die Rolle einer zivilen Gesellschaft im Verhältnis zum Staat in einer liberalen Demokratie?

SWR: Wenn man jetzt aber mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten von Thüringen, Bernhard Vogel, spricht, dann sagt der: das spielt schon eine große Rolle, diese Protestpartei AFD. Und es liegt auch daran, dass die Linke als Regierungspartei natürlich nicht mehr die Protestpartei sein kann.

M.Q.: Ich denke, damit macht es sich Herr Vogel zu einfach. Und auch in seiner Regierungszeit hat sich die Landesregierung eben nicht intensiv genug mit dem Rechtsradikalismus in der Bevölkerung auseinandergesetzt. Die Studien der Universität Jena, der Thüringen Monitor, den es seit 2001 gibt, zeigt, dass das Potenzial der rechtsextrem Eingestellten bei 20 bis 25 Prozent der Bevölkerung liegen. Das ist also nichts Neues. Und übrigens nimmt dieses Potenzial insgesamt im Zeitverlauf sogar ab, es wird nicht etwa mehr. Das bedeutet, einerseits spielt Protest natürlich eine Rolle, aber wir müssen dann immer weiter fragen: Gegen was wird dort eigentlich protestiert? Sind die Protestmotive legitimer Natur demokratiepolitisch betrachtet? Oder sind sie illegitim? Und in einer Demokratie, deren erster Grundsatz die Unantastbarkeit der Menschenwürde aller ist, sind zum Beispiel rassistische Protestgründe, also Protest dagegen, dass in meinem Umfeld auch Menschen leben, die nicht deutscher Abstammung sind, schlicht nicht legitim. Dann müssen wir über Rassismus sprechen.

SWR: Aber das zu Ende gedacht, würde ja eben bedeuten: Diese Argumentationslinie „man muss das ernst nehmen und dann überzeugt man diese Wähler dann auch wieder dazu, eine der anderen Parteien zu wählen“ - das zieht dann einfach nicht.

M.Q.: Ich denke, man muss diese Wahlentscheidungen sehr, sehr ernst nehmen, aber nicht, indem man sie verklärt und indem man über Ursachen spekuliert, wo wir doch schon empirische Fakten haben, dazu, was tatsächlich die Wahlursachen sind. Das bedeutet, man muss die wahren Gründe adressieren und nicht versuchen, die Menschen zu befriedigen, indem man sagt: „Ja, ihr wählt ja Protest, ich habe Verständnis dafür, kommt, das kriegen wir schon irgendwie zusammen hin.“ Ich denke, man muss tatsächlich die Menschen ernst nehmen, sie nicht für naiv halten und verkaufen, sondern in eine kritische Auseinandersetzung um die wirklich strittigen Punkte reingehen. Und das ist nicht in allererster Linie die Unzufriedenheit mit den anderen Parteien. Die ist es natürlich auch. Aber dann könnten die AFD Wähler auch alles andere wählen, statt eben eine Partei, die von einem Menschen geführt wird, der nach einem Urteil des Oberlandesgerichts in Meiningen als Faschist bezeichnet werden kann.

SWR: In Ihrem aktuellen Buch „Deutschland Rechtsaußen“ fordern Sie: Schluss mit der Verharmlosung. Die AFD sei eine rechtsradikale Partei. Sollte die AFD Ihrer Ansicht nach also verboten werden?

M.Q.: Die AfD sollte nicht verboten werden, sie kann aus meiner Sicht auch nicht verboten werden, nicht im Moment. Sie ist zwar verfassungswidrig, sie ist aber nicht aggressiv kämpferisch. Damit sind die juristischen Anforderungen nicht erfüllt. Darüber hinaus löst ein Verbot überhaupt keine Probleme. Nein, die AfD ist letztlich eine Partei, die im Widerspruch zu zentralen Grundwerten des Grundgesetzes steht. Trotzdem ist auch die AfD von demselben Grundgesetz geschützt, nämlich von der

Meinungsfreiheit, von der Parteienfreiheit. Wir müssen uns als Gesellschaft kritisch damit auseinandersetzen: Wie wollen wir zusammenleben? Nichtsdestotrotz sind auch die Behörden natürlich in der Verantwortung, insbesondere wenn es darum geht, Gewalttaten vorzubereiten, sie auch verbal vorzubereiten, wie das in Reden der Fall ist, die man von Björn Höcke etwa dementsprechend auch ausdeuten kann. Das ist eine Herausforderung für die Gesellschaft. Ich denke, dass Verbotsdiskussionen da eher in die Irre führen, als wirkungsvolle und mögliche Umgangsformen zu liefern, die die Wählerinnen der AFD, die noch erreichbar sind, mitnehmen.

SWR: Was genau bringt es dann, wenn man die AFD als rechtsradikal bezeichnet?

M.Q.: Es bringt zunächst einmal eine Klärung der Begriffe. Ich bin ja nun Wissenschaftler und nicht in erster Linie ein politisch motiviert wirkender Mensch. Das bedeutet also, dass man eine analytische Klarheit schaffen muss. Was bezeichnet eigentlich der Begriff des Populismus, und wo ist eine Grenze überschritten, wo es um Radikalismus geht? Oder sogar zum Extremismus, um die nächste Steigerungsform einzuführen, und das ist der Fall, wenn eben Grundrechte und Menschenrechte in Frage gestellt werden. Das passiert bei der AFD. Das für mich Hauptproblematische an der AFD ist eben nicht, dass sie einen populistischen Stil zelebriert, das machen andere Parteien auch. Populismus ist zu einem im Grunde willkürlichen Begriff geworden, der auf alles angewendet wird, um es zu delegitimieren. Das ist nicht das Problem. Das Problem ist das politisch Radikale, die Radikalisierung von Ungleichwertigkeitsvorstellungen in der Politik der AFD. Das muss man auch benennen, damit sich Wählerinnen und Wähler dann nicht mehr herausreden können, im Sinne von „ich wollte aber doch nur meinen Protest äußern“. Jetzt sind wir wieder bei der Diskussion von eben, denn das ist ja ein Entlastungsmoment, wo man sagen kann „aber ich bin gar nicht für irgendwas, was vielleicht rassistisch ist, ich bin nur gegen die anderen.“ Da hat der Diskurs mittlerweile Blüten getragen, die tatsächlich zu einer Entlastung von Menschen führen.

SWR: Jetzt gibt es natürlich Strömungen, wie den völkisch-nationalen Flügel in der Partei, aber auch zumindest vereinzelt Mitglieder, die sich gegen Rechtsradikale aussprechen. Wie nehmen Sie das wahr? Nehmen Sie den Leuten das zumindest ab, dass das bei denen so ist?

M.Q.: Der Politikwissenschaftler Armin Pfahl-Traugber hat das mal sehr schön beschrieben, dass es auch in der AfD noch rechtsdemokratische Minderheiten gibt, die sich immer mal auch noch zu Wort melden, mit Protest, die aber tatsächlich eher die Wirkung eines Feigenblattes ausüben in der Öffentlichkeit, indem sie diesen Flügel beschwichtigen oder diesen Flügel mittlerweile ja sogar integrieren, bis hin zu affirmieren. Wenn Frau Weidel also im wichtigsten Think Tank der neuen rechtsradikalen Szene in Schnellroda auftritt, dann hat das nichts mit Abgrenzung mehr zu tun, sondern da geht es um eine Integration dieses Flügels in die Gesamtpartei.

SWR: Sie hat gesagt, das sei ganz, ganz wichtig gewesen, und es sei auch sehr schön gewesen, da zu sein.

M.Q.: Das hat sie gesagt, genauso, wie Jörg Meuthen zuvor gesagt hat, beim Kyffhäusertreffen des Flügels. Der Flügel sei selbstverständlich ein integraler Bestandteil der Partei, er habe viel dafür gemacht, dass das so ist und freue sich darüber. Hier sind also die Abgrenzungen in Wirklichkeit völlig abhandengekommen, und das trotz der Überprüfung durch den Verfassungsschutz, trotz des Schulterschlusses mit Neonazis in Chemnitz im letzten Jahr, trotz des Mordes an Walter Lübke, trotz der Entwicklung der Verrohung, die wir im Internet miterleben müssen.

SWR: Also gibt es diese angeblich gemäßigten Vertreter in der AfD, oder ist es sozusagen eine Illusion?

M.Q.: In der Selbstverortung und in den der Selbstwahrnehmung gibt es diese gemäßigten Vertreter und Vertreterinnen in der AFD noch immer. Nichtsdestotrotz trägt das tatsächlich in der Gesamteinschätzung darüber hinweg. Und vielleicht täuschen sich diese Mitglieder da auch selbst, dass sie mittlerweile eine Partei tragen, bei der eben auch verfassungswidrige Forderungen im Programm stehen, und die nicht die einzelnen Äußerungen von besonders exzentrischen Figuren wie einem Herrn Höcke darstellen. Das bedeutet, nicht jeder der in der AfD ist, ist ein ideologisch Rechtsradikaler, aber jeder der da drin ist oder sogar die Partei wählt, unterstützt eine Partei mit einer Rechtsaußenzielsetzung.